

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung und Erhaltung kultureller Werte

Geschäftsstelle: 3257 Springe (Hannover) - Tulpenstraße 1 A

REPUBLICA DE CHILE	
PRESIDENCIA	
REGISTRO Y ARCHIVO	
NR.	92/6555
A:	25 MAR 92
P.A.A.	<input type="checkbox"/>
R.C.A.	<input type="checkbox"/>
F.W.M.	<input type="checkbox"/>
C.B.E.	<input type="checkbox"/>
M.T.O.	<input type="checkbox"/>
M.Z.C.	<input type="checkbox"/>
ARCHIVO	

Offener Brief. Sehr geehrter Herr Staatspräsident von Chile

Überheblicher Machtmißbrauch ? Versuch einer Erpressung durch die BRD?

Nachdenkliche Mitbürger sind abgestoßen über das Kesseltreiben gegen Honecker. Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen untersucht und geahndet werden. Es muß dazu aber ein internationaler unabhängiger Gerichtshof gefordert werden, dem alle Machthaber, daher auch wir, unterstehen. Auch die Kriegstreiber in Jugoslawien und anderen Gebieten müßten sich hier verantworten. Die BRD hatte zwar - und das war aus taktischen Gründen sicher gut- die DDR nicht anerkannt. Es waren aber in Wirklichkeit zwei ganz verschiedene Staaten. Die DDR stand unter dem militärischen und politischen Druck der UdSSR und konnte in vielen Dingen nicht frei entscheiden. Die Politiker -besonders Minister Genscher- und weithin auch die Richter der BRD sind befangen, weil persönlich betroffen. Sie stehen unter dem Druck politischer Kreise in der ehemaligen DDR und hier und können daher auch nicht frei entscheiden. Es muß aber untersucht werden, ob der politische und wirtschaftliche Druck der BRD auf Chile- um ein Asyl Honeckers dort zu verhindern- nicht ein inhumaner Machtmißbrauch -wie ihn auch die Nazis ausübten- ist und eine menschliche und politische Überheblichkeit. Entsteht nicht der Eindruck, daß bei eigener Betroffenheit -hier gegenüber den Verbrechen der DDR- derselbe Fehler gemacht wird, wie in den Nationalitäten- und anderen Konflikten und den wir anderen vorwerfen, nämlich aus Rache und Haß und Vergeltung zu handeln? Es muß sicher angeklagt werden, aber vor einem unbefangenen internationalen Gerichtshof. Ein Staat (die BRD) kann sich nicht über einen anderen Staat (die ehemalige DDR), der sich nicht verteidigen kann- und wo man wegen direkter Betroffenheit befangen ist- in so arroganter Weise erheben. Das bringt nur neues Unrecht, vor dem wir warnen. Das gilt auch für viele Einzelfälle z.B. bei der Stasiverfolgung.

Für die AG. zur Förderung und Erhaltung kultureller Werte

E. Jäger
(E. Jäger)

15.15.92

Unsere Hochachtung für Ihre Bereitschaft Herrn Honecker in Schutz zu nehmen.